

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Montag, 24. September 1979

Blatt 2380

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Gemeinderat  
(rosa) "Die Stadt Wien hilft" - Neuauflage  
Kampf dem Lärm in Meidling

Nur über  
FS: 23.9. Kerze als Brandstifter  
24.9. Kultureller Herbst in der Josefstadt  
Arbeiten in der Triester Straße  
Musiksommer: Abschlußkonzert  
Gedenkstättenkonzerte ausverkauft  
Stromstörung im Osten Wiens  
Mittwoch Bürgermeister-Pressegespräch



k o m m u n a l :

=====

## "die stadt wien hilft" - neuauflage

1 wien, 24.9. (rk) in wien wurden innerhalb der letzten jahre die sozialen dienste forciert ausgebaut. so stiegen die ausgaben dafuer von 71,4 millionen schilling im jahr 1973 auf 355,7 millionen im jahr 1978, also um 398 prozent. dies ist nicht zuletzt auch darauf zurueckzufuehren, dass die informationen ueber die zur verfuegung stehenden einrichtungen und hilfen wesentlich verstaerkt wurden.

die vom presse- und informationsdienst der stadt wien unter mitarbeit des sozialamtes herausgebrachte broschuere "die stadt wien hilft" erfreut sich daher seit jahren grossen interesses bei der bevoelkerung. sie enthaelt ein verzeichnis saemtlicher sozialen dienste und einrichtungen im bereich des sozialamtes der stadt wien, aber auch hinweise, wie man diese in anspruch nehmen kann.

auf grund der grossen nachfrage wurde deshalb eine neue und dem letzten stand entsprechende auflage herausgebracht. sie ist ab sofort im sozialamt, in den einzelnen bezirkssozialaemtern und in buergerdienststellen und in den bezirksvorstellungen kostenlos erhaeltlich. darueber hinaus werden aber auch saemtliche niedergelassene aerzte in wien diese broschuere erhalten. (zi)

0933

## kampf dem laerm in meidling

2 wien, 24.9. (rk) in einem einstimmig angenommenen antrag fordert die bezirksvertretung ein durchfahrtsverbot fuer schwerfahrzeuge durch die koeglergasse und karplusgasse.

in der begruendung heisst es, dass in diesem dichtbesiedelten wohngebiet zwischen kundratstrasse und unter meidlinger strasse der schwerverkehr unverhaeltnismaessig zugenommen hat und daher fuer die wohnbevoelkerung unertraeglich geworden ist. (ka)

0934



k o m m u n a l :

=====

## wiener gemeinderat (1)

5 wien, 24.9. (rk) unter dem vorsitz von gr. m a y e r h o f e r trat der wiener gemeinderat montag zu seiner ersten sitzung nach der sommerpause zusammen.

## f r a g e s t u n d e

auf die 1. a n f r a g e von gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe), welche reisebuero- und hotelkettenplaene die verkehrsvereinsgesellschaft habe, antwortete stadtrat v e l e t a (spoe), dass der ankauf eines bestehenden reisebueros der reaktivierung des incoming-geschaeftes und des jugendtourismus diene, an eine hotelkette sei nicht gedacht. auf die 1. z u s a t z f r a g e , ob das fuehren eines reisebueros eine notwendige kommunalpolitische zielsetzung sei, antwortete veleta, dass der wiener verkehrsverein bereits eine gewerbeberechtigung gehabt haette und dass somit keine zusaetzliche aufgabe entstanden waere. auf die 2. z u s a t z f r a g e , ob nicht doch an den kauf von weiteren hotels gedacht sei, antwortete veleta mit 'nein'.

auf die 2. a n f r a g e von stadtrat n e u s s e r (cevp), in welcher hoehe multinationale konzerne in den letzten fuehnf jahren durch diverse staeddtische foerderungsmassnahmen gefoerdert worden sind, antwortete stadtrat m a y r (spoe), dass die foerderung 95,9 millionen betragen hat. auf die 1. z u s a t z f r a g e , dass dies unmoeglich stimmen koenne, weil allein fuer philips, general motors und cincinnati sicher mehr ausgegeben wurde, antwortete mayr, dass dies der betrag ist, der ueber die staeddtischen foerderungsaktionen in den letzten fuehnf jahren ausgegeben wurde. auf die 2. z u s a t z f r a g e , wie sich die 95 millionen zusammensetzen, gab stadtrat mayr folgende aufschluesselung:

itt-austria 8,84 millionen, loctite 0,43 millionen, pitney-bowes 0,74 millionen, frigoscandia 5,4 millionen, moore-paragon



4,1 millionen, magirus-deutz 1,75 millionen, boehringer-mannheim 10 millionen, agfa-gevaert 1,5 millionen, didier 1,03 millionen, perlite 1,2 millionen, oefa-akkustik 0,6 millionen, michelin 3,5 millionen, siemens ag 11 millionen, bombardier rotax 3 millionen, grundig-minerva 10 millionen, schering 4 millionen, sandvik 8 millionen, hoechst 9 millionen, reichhold chemie 1,9 millionen und cincinnati 10 millionen.

in diesen betraegen sind die aufschliessungskosten fuer betriebsbaugebiete nicht enthalten.

auf die 3. anfrage von gr. h o l u b (spoe), wann das jugendzentrum doebbling ausgebaut wird, antwortete vizebuergemeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r , dass die fassade bereits renoviert wurde und nur noch die innenausstattung fehlt. mit der instandsetzung wird noch heuer begonnen. (sei)  
(forts.)



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (2):

fragestunde (forts.)

6 wien, 24.9. (rk) auf die 4. a n f r a g e von gr. dkfm. holger b a u e r (fpoe) nach welchen gesichtspunkten eine moderne paedagogische betreuung in den ferienheimen des wiener jugendamtes erfolge, antwortete vizebuergermeisterin gertrude f r o e h - l i c h - s a n d n e r (spoe), dass das personal nach strengen und sorgfaeltigen pruefungen ausgewaehlt werde. innerhalb eines jahres werden in den heimen des wiener jugendamtes mehr als 40.000 kinder betreut. waehrend der letzten ferien wurden 82 erholungsturnussegefuehrt. die betreuer setzen sich groesstenteils aus einem voll ausgebildeten personal und den in ausbildung befindlichen studenten der psychologie, paedagogik und medizin zusammen.

alle ausgewaehlten muessen an einem schulungskurs sowie an praktiken und arbeitstagungen teilnehmen. fuer die turnusleitung wird nur voll ausgebildetes personal herangezogen. die 1. z u - s a t z f r a g e , ob weiterhin konkrete massnahmen zu noch sorgfaeltigeren auswahl des personals getroffen werden, bejahte sandner. auf die 2. z u s a t z f r a g e nach den konkreten massnahmen, antwortete sandner, dass beispielsweise die anzahl der kinder in den einzelnen gruppen verringert wird, so dass sich der betreuer in zukunft mit einer kleineren gruppe noch intensiver beschaeftigen kann.

auf die 5. a n f r a g e von gr. f u e r s t (oevp) warum ein moerder vor seiner festnahme aus einer psychiatrischen anstalt entlassen wurde, antwortete stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe), dass noch keine verurteilung erfolgt sei und er daher von einem patienten und nicht von einem moerder spreche. der patient habe ohne erlaubnis die klinik verlassen. da er auf keiner geschlossenen station untergebracht war, habe die klinik keine moeglichkeit gehabt, ihn zurueckzuhalten. auf die 1. z u s a t z f r a g e nach der aufrechterhaltung dieser version, antwortete stacher, die psychiatrische anstalt habe dem gericht mitgeteilt, dass der patient ent-



wichen sei und er, stacher, diese mitteilung wiedergebe. auf die 2. z u s a t z f r a g e welche massnahmen getroffen werden, die derartige vorfaelle in zukunft verhindern, antwortete stacher, dass die rechtsordnung im regelfall ausreichend sei. haftbefehle und verurteilungen seien sache der polizei und der gerichte, er selbst koenne daher, keine weisungen geben. (ba) (forts.)

1132

wiener gemeinderat (3):

fragestunde (forts.)

10 wien, 24.9. (rk) auf die 6. a n f r a g e von gr. ingrid s m e j k a l (spoe), wieviele aerzte sich fuer die ausbildung der turnusaerzte zur verfuegung gestellt haben, antwortete stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r , dass seit der einrichtung von zehn lehrpraxen im mai 1976 diese moeglichkeit 63 aerzte in anspruch genommen haben. die bisherigen erfahrungen sind ausgezeichnet. auf die 1. zusatzfrage, ob auch lehrpraxen fuer studenten gefuehrt werden, antwortete stacher, dies sei der fall, allerdings nicht durch die stadt wien, sondern durch die aerztekammer. auf die 2. z u s a t z f r a g e nach anderen foederungsmaßnahmen fuer junge aerzte fuehrte stacher unter anderem vortraege und veranstaltungen in den spitaelern, die einrichtung von fortbildungsassistenten in grossen spitaelern, den aerztekredit und die beratungsstelle im gesundheitsamt an. es ist gelungen, den rueckgang der zahl der praktischen aerzte in wien aufzuhalten.

gr. dr. marilies f l e m m i n g (oevp) stellte die 7. a n f r a g e , welche hilfstellungen durch vermittlung der familienberatungsstellen der stadt wien als flankierende massnahmen seit der freigabe des schwangerschaftsabbruches in den ersten drei monaten tatsaechlich gewaehrt wurden. stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r betonte, dass fuer die berater die verschwiegenheitspflicht gilt. die beratungen sind anonym und kostenlos. es stehen deshalb keine detaillierten aufzeichnungen zur verfuegung. mit den klienten werden eingehende beratungsgespraechе gefuehrt.



auf die erste z u s a t z f r a g e , wieviel geld ausgegeben wurde, stellte stacher fest, dass aufgrund der anderen budgetierung eine beantwortung dieser frage nicht moeglich ist. auf die zweite z u s a t z f r a g e , wieviele werdende muetter eine abtreibung wuenschten und wieviele von diesem vorhaben durch die beratungen abgebracht werden konnten, wies stacher neuerlich auf die anonymitaet der beratungen hin. eine ganze reihe von frauen hat jedoch nach der beratung von ihrer absicht abstand genommen. eine statistische erfassung gibt es allerdings nicht. (ger) (forts.)  
1242

wiener gemeinderat (4):

fragestunde (schluss)

11 wien, 24.9. (rk) die 8. a n f r a g e von gr. dkfm. sigrun s c h l i c k (oevp) , ob in den kliniken des alten allgemeinen krankenhauses bei stromausfall ausreichend vorgesorgt ist, beantwortete str. univ.-prof. dr. alois s t a c h e r (spoe): es stehen neun betriebsbereite notstromaggregate zur verfuegung, alle ob-leuchten sind mit batterien fuer drei bis fuenf stunden ausgestattet.

1. z u s a t z f r a g e : in der dialysestation der (roem.) 2. medizinischen klinik gibt es kein notstromaggregat. koennte es dadurch nicht zu bedrohlichen situationen fuer die patienten kommen ?

a n t w o r t : diese station ist nur mit sehr wenigen apparaten ausgeruestet, die anwesenden aerzte koennen daher bedrohliche situationen sofort vermeiden. im uebrigen sind ueberlegungen im gange, diese dialysestation mit jener der urologie zu vereinen.

2. z u s a t z f r a g e : wird prinzipiell daran gedacht, in zukunft fuer solche zwecke vorrangige mittel bereitzustellen?

a n t w o r t : vorrangig wurden seit amtsantritt (dr. stachers) 50 millionen fuer die notstromversorgung ausgegeben. das neue akh wird ueber eine so grosse notstromanlage verfuegen, dass die stadt baden versorgt werden koennte. grundsuetzlich haben solche zwecke vorrang.



die 9. anfrage von gr. hirsch (spoe), wie sich die stadtplanung zur umwandlung von wohnraum in geschäftsraum innerhalb des quertels stelle, beantwortete str. univ.-prof. dr. wurzer (spoe): ziel der stadtplanung ist es, solche umwandlungen so weit wie moeglich einzuschaenken, was ueber den flaechenwidrungs- und bebauungsplan geschieht.

1. z u s a t z f r a g e : warum wurde ein ansuchen der 1. oesterreichischen sparcasse fuer ein buero in der neutorgasse 8 bewilligt?

a n t w o r t : der bewerber hat gleichzeitig eine ersatzwohnung geschaffen. seitens der bezirksvertretung wurde das ansuchen daher genehmigt. ein weiteres ansuchen wurde uebrigens zurueckgewiesen.

die 10. anfrage von gr. ing. hofstetter (spoe), unter welchen voraussetzungen einzelne bruecken der vorortelinie erhaltungswuerdig sind, beantwortete str. univ.-prof. dr. wurzer : einzelne bruecken sind erhaltungswuerdig, wenn sie auch den anforderungen entsprechen, das sind die bruecken ueber die heiligenstaedter strasse und ueber die richthausenstrasse. als resultat einer untersuchung durch die architekten pauser und windprechtlinger sind die bruecken ueber die gentzgasse und hernalser hauptstrasse nicht so bedeutend, dass sie unbedingt erhaltungswuerdig sind, sie sollten aber durch stahlbruecken ersetzt werden, kleinere bruecken hingegen koennten als betonbruecken errichtet werden.

die 11. anfrage von gr. ludwig (spoe), wann die zweite stufe des wettbewerbs ueber das wienerberg-gelaende begonnen wird, beantwortete str. univ.-prof. dr. wurzer : der beginn war fuer herbst 1979/fruehjahr 1980 vorgesehen.

urspruenglich waren vorher noch probebohrungen geplant. auf sie wird vorerst verzichtet, ein gutachten ueber rutschgefaehrdete haenge wurde hingegen angeordnet. z u s a t z f r a g e : gibt es noch andere gruende fuer eine verzoegerung der 2. wettbewerbsstufe?

a n t w o r t : es gab einwendungen der ingenieur-kammer in honorarfragen. ein kompromissvorschlag wird geprueft. eine kurzfristige einigung ist zu erwarten, so dass mit anfang dezember die zweite wettbewerbsstufe beginnen koennte.



die 12. anfrage von gr. dkfm. ammanner (oevp), wie er sich zum antrag einer autobahn (a 5) ueber die alte donau stelle, beantwortete str. univ.-prof. dr. wurzer: in der verkehrskonzeption ist nur die brigittenauer bruecke vorgesehen. es ist aber das recht aller, in der diskussion zur konzeption vorschlaege zu machen. es ist aufgabe der planung solche vorschlaege zu pruefen.

zusatzfrage: sie haben sich gegen die weiterfuehrung ueber die alte donau ausgesprochen. falls das doch geschieht, werden sie zuruecktreten?

antwort: es steht ausser streit, dass herausnahmen oder ergaenzungen das system aendern. welche endgueltige fassung die verkehrskonzeption haben wird, hat letztlich der gemeinderat zu entscheiden.

die 13. anfrage von gr. daller (oevp), ob der alternativvorschlag einer buergerinitiative zur a 24 geprueft wurde, beantwortete str. univ.-prof. dr. wurzer: der vorschlag wurde geprueft, er hat schwerwiegende nachteile: er wuerde nicht die gewuenschten verkehrsentlastungen bringen, durch schutzgebiete fuehren, das kuenftige betriebsgelaende flughafen aspern zerschneiden und rund 50 siedler betreffen.

zusatzfrage: warum wurde nicht verhindert, dass noch an der geplanten trasse baubewilligungen erteilt wurden.

antwort: das vorgesehene 60-meter-band reichte fuer die nachtraeglich geforderten umweltschutzmassnahmen nicht aus. eine bausperre haette jedoch bei so langfristigen planungen schwerwiegende auswirkungen. die baubewilligungen der zwei betroffenen haeuser reichen auf die zeit 1973/74 zurueck. (smo) (forts.)



k o m m u n a l :

=====

## anfragen und antraege

- 12 wien, 24.9. (rk) dem gemeinderat lagen 5 anfragen (3 oevp, 2 fpoe) und 10 antraege vor: diese betrafen:
- vororte-schnellbahnstation im bereich der krottenbachstrasse (spoe)
  - fussgaengertunnel im bahnhof heiligenstadt zur muthgasse (spoe)
  - schaffung einer aktion "die wiener jugend lernt die landeshauptstaedte kennen" (oevp)
  - verlaengerung der gruenbruecken im abschnitt sued der a 22 (oevp)
  - verzicht auf die abfahrt erzherzog karl-strasse beim bau der a 24 (oevp)
  - beruecksichtigung von handels- und gewerbebetrieben bei der vergabe von geschaeftslokalen in staedtischen wohnhausanlagen (oevp)
  - verbesserung der sicherheitsverhaeltnisse auf oeffentlichen verkehrsmitteln durch freifahrt fuer kriminalbeamte (oevp)
  - uebersichtlichkeit der wiener rechtsordnung (oevp)
  - schutz von wiener kulturguetern vor diebstahl und brand (oevp)
  - ergaenzung der richtlinien fuer die wiener garagenfoerderungsktion (fpmz)

der gemeinderat waelte in den gemeinderatsausschuss fuer wohnen und staedterneuerung statt gr. dr. m a y r (oevp) gemeinderat dr. p e t r i k (oevp). in die beteiligungskommission wurden statt der gemeinderaete b r a u n , karoline p l u s k a l und gertrude s t i e h l (alle spoe) die gemeinderaete h o l u b a r z , maria k u h n und ingrid s m e j k a l gewaehlt.

## schulbericht

im anschluss daran meldete sich vizebuergermeisterin f r o e h l i c h - s a n d n e r (spoe) zu einer mitteilung an den gemeinderat zu wort. sandner erklaerte, dass in wien 1.476 klassen mit einem aufwand von mehr als 3 1/4 milliarden schilling



neu errichtet wurden, weitere 2 milliarden wurden fuer modernisierung und ausbauten verwendet. neben vielem anderen, war und ist es fuer wien eine selbstverstaendlichkeit, auch im bereich der schulversuche eine fuehrende position einzunehmen und die notwendigkeit der schulreform zu bejahen. chancengleichheit und abbau der bildungsprivilegien sind zu einem wichtigen anliegen fuer alle geworden und muessen mehr sein als ein lippenbekenntnis. sandner vertrat die ansicht, dass der einzelne auf grund der gleichen chancen seine individuellen anlagen voll entwickeln, seine interessensgebiete pflegen koennen muss. dadurch wird die vielfaeltigkeit des menschlichen in der gesellschaft nicht nur erhalten, sondern sogar erweitert werden.

in wien gibt es derzeit 2.311 klassen oder gruppen mit schulversuchen. zwei davon stehen im mittelpunkt politischer auseinandersetzungen ueber gesamtschule und ganztagschule. statistische untersuchungen zeigen, dass nur drei prozent der hilfsarbeiter, aber 28 prozent der akademiker und maturanten und 40 prozent der facharbeiter ihre kinder in ein gymnasium schicken. es steht nach meinung der jugendstadtraetin fest, dass die gegenwaertige schulorganisation den begabungen der schueler nicht entspricht. in den elf schulen, in denen eine gesamtschule eingerichtet ist, wird den individuellen begabungsunterschieden des einzelnen voll rechnung getragen. eine in den ganztagschulen durchgefuehrte leistungsmessung hat ergeben, dass dieser typ dem traditionellen system ueberlegen ist. der sinnvolle wechsel von unterricht, lern-uebungszeit und freizeit ist dem biologischen rhythmus des Kindes angepasst. abschliessend sagte sandner, die alternative ganztagschule bedeute nicht verschulung, keine zwangseinrichtung, sondern ein weiteres bemuehen im kampf gegen ungleichheit und benachteiligung. im laufe der schulversuche habe sich das oevp-modell "tagesheimschule" immer mehr der organisationsform der ganztagschule angenaehert. vizebuergemeister sandner erblickt darin eine indirekte anerkennung dieser schulform. (and) (forts.)



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (6):

ganztagschule zieglergasse

13 wien, 24.9. (rk) gr. g a w l i k (spoe) stellte den  
a n t r a g , den neubau einer 16-klassigen-ganztagsvolksschule im  
7. bezirk, zieglergasse 21, mit gesamtkosten von 44,6 millionen  
schilling zu genehmigen.

die fpoe spricht sich fuer die ganztagschule aus, weil das  
modell der tagesheimschule als verwahrungshort fuer kinder abzu-  
lehnen ist, erklaerte gr. dkfm. b a u e r (fpoe). allerdings  
muss gesichert sein, dass die ganztagschule nur als alternative  
angeboten wird.

,zur integrierten gesamtschule sagt die fpoe nicht endgueltig  
'nein'. man soll die schulversuche weiter fuehren, weil derzeit  
in allen politischen lagern grosse unsicherheit darueber herrscht,  
ob die integrierte gesamtschule in der praxis das haelt, was sie  
in der theorie verspricht. die zweifel der fpoe liegen vor allem in  
zwei punkten: ob die besonders begabten wirklich entsprechend ge-  
foerdert werden und ob die sozialen barrieren nicht doch weiter-  
hin bestehen bleiben. in der theorie jedenfalls enthaelt die inte-  
grierte gesamtschule viele punkte, die mit freiheitlichen ziel-  
setzungen uebereinstimmen.

zur spoe und oevp gewandt meinte bauer, man solle den der-  
zeitigen schlagwortschunzel lichten. die vielen begriffe sind  
mehr als verwirrend: es gibt eine ganztagschule, eine tagesheim-  
schule, eine integrierte gesamtschule, eine neue hauptschule, eine  
neue mittelschule, eine ganztagsgesamtschule und eine additive  
gesamtschule. (sei) (forts.)



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (7):

ganztagschule (forts.)

15 wien, 24.9. (rk) den gegenantrag, an stelle der ganztagschule in der zieglergasse eine tagesheimschule zu errichten, stellte gr. maria h a m p e l - f u c h s (oevp). die schulreformediskussion duerfe nicht zu einer profilierungskampagne der parteien ausarten. es muessten die vor- und nachteile bestimmter versuche geprueft werden, ehe man sie in das regelsystem aufnimmt, sagte hampel-fuchs. die ganztagschule uebe einen indirekten zwang auf die schueler aus, weil sie den unterricht ueber den ganzen tag verteilt. der schueler muss also waehrend des ganzen tages in der schule bleiben. ein indirekter zwang wird auf die eltern ausgeuebt, die ihre kinder aus verkehrsorganisatorischen gegebenheiten in die naechstgelegene schule schicken. der vorteil der tagesheimschule liegt darin, dass kinder und eltern die nachmittagsbetreuung frei waehlen koennen. die oevp bekenne sich zur vielfalt des bildungswesens. durch die einfuehrung der gesamtschule wird den eltern dieses vielfaeltige angebot jedoch genommen, schloss hampel-fuchs.

als unverstaendlich bezeichnete gr. h a n k e (spoe) die haltung der grossen opposition zu den schulversuchen. auch die bevoelkerung werde es kaum verstehen, dass die oevp einen schulbau ablehnt und die moderne schul- und bildungspolitik zu stoppen versucht. die spoe habe fuer mehr als 3.000 kinder die moeglichkeit geschaffen, ganztagschulen zu besuchen. seit 1945 sind fuenf milliarden fuer das schulwesen ausgegeben worden, 100 neue schulen wurden gebaut. im schulbericht werden die vorteile der ganztagschule wie groessere lernbereitschaft und schulfreudigkeit der kinder, effektivere leistungsfaeheigkeit, entschaerfung des miss-erfolgserlebnisses durch gemeinsames und vielfaeltiges freizeitangebot und vieles andere angefuehrt. aber auch christliche paedagogiker nehmen positiv stellung zur ganztagschule. die oevp spricht von zwangstagschulen, verschweigt aber, dass die tagesheim-



schule keine durchgangsschule fuer den nachmittag ist, sondern der schueler auch hier am nachmittag anwesend sein muss. zahlreiche eltern seien bereits fuer die ganztagschule eingetreten. die spoe wird die eltern weiterhin befragen und dann beweisen, wer das elternrecht wirklich ernst nimmt. (ba) (forts.)

1334

wiener gemeinderat (8):

ganztagschule (forts.)

17 wien, 24.9. (rk) der bericht von vizebuergermeisterin froehlich - sandner entbehre jeder sachlichkeit, erklarte gr. dr. petrik (oevp). die fpoe forderte dr. petrik auf, ihren standpunkt zu praezisieren, ob sie fuer die beibehaltung der ahs-unterstufe sei oder nicht. es sei bedauerlich, dass es ueber schulversuche ganztagschule und tagesheime keine wissenschaftliche kontrolle gebe. in der oeffentlichkeit gebe es massive klagen ueber die begriffsverwirrung in der schulpolitik. diese unsicherheit sei das ergebnis von zehn jahren sozialistischer schulpolitik. es sei dringend notwendig, den eltern zu sagen, dass die sozialistische einheitsschule die abschaffung des gymnasiums bedeute. die oevp biete eine differenzierte hauptschule an. dr. petrik sprach sich fuer die freiwillige tagesheimschule aus, die in vielfacher hinsicht geeigneter sei als die ganztagschule. die wiener eltern wuerden der ganztagschule eine abfuhr erteilen, wenn ihnen die alternative der tagesheimschule zur verfuegung stuende.

im gegensatz zu anderen bundeslaendern gebe es in wien an oeffentlichen volks- und hauptschulen lediglich den schulversuch ganztagschule und keinen einzigen schulversuch tagesheimschule. dr. petrik brachte den antrag ein, auch in wien an oeffentlichen pflichtschulen den schulversuch tagesheimschule durchzufuehren.

der wunsch der eltern nach mehr ganztagschulen sei nicht zu uebersehen, erklarte gr. johanna dohnal (spoe). es gehe nicht nur um die versorgung am nachmittag, sondern um das paedagogische konzept, um das bessere modell.



in wien gebe es sehr wohl 14 tagesheimschulen, stellte dohnal fest. die sozialisten seien fuer eine echte wahlmoeglichkeit der eltern, die beim derzeitigen verhaeltnis von 96 ganztagschul- klassen zu 3.400 halbtagschulklassen nicht gegeben sei.

dohnal verwies auf das breite freizeitangebot an den ganztags- schulen. die debatte gehe um die weiterfuehrung oder einstellung der schulversuche. die oevp sei sich nicht einig.

der zugang zu einer besseren bildung stehe heute mehr kindern als je zuvor offen. dies sei in erster linie ein verdienst der spoe. die oevp verlange ein breites bildungsangebot und lehne zu- gleich konkrete massnahmen ab, die dieses gewaehrleisten sollen.

information und diskussion sei notwendig. dohnal sprach sich fuer eine gemeinsame schule aller zehn- bis vierzehnjaehrigen und damit fuer eine wirkliche alternative und ein breites angebot an ganztagschulen aus. scharf wandte sich dohnal gegen bestrebungen, das schulgeld wiedereinzufuehren. (ger) (forts.)

1435

wiener gemeinderat (9):

ganztagschule (forts.)

18 wien, 24.9. (rk) in der debatte wurden behauptungen aufge- stellt, die einfach falsch sind, erklarte gr. w i e s i n g e r (spoe): es gibt weder fuehrende spoe-mitglieder, die sich nicht zur gesamtschule bekennen - das parteiprogramm wurde naemlich ein- hellig beschlossen -, noch beabsichtigen die sozialisten, jemand zur ganztagschule zu zwingen. es ist auch nicht wahr, dass zur senkung der schuelerzahlen nichts getan wurde. in den vergangenen zehn jahren ist zum beispiel in den volksschulen die schuelerzahl von 32 auf 26,1, in den hauptschulen von 31 auf 26,7 und in den sonderschulen von 15 auf 12,4 gesenkt worden.

dass schulreformen dringlicher geworden sind, wird von niemanden bestritten. der kern dieser reformen ist die gemeinsame schule fuer alle 10- bis 14jaehrigen. die sozialisten haben nie ein hehl daraus gemacht, dass sie die gesellschaft veraendern wol- len. die kapitalistische welt ist nach wie vor ungerecht, besonders in seinem erziehungssystem. es ist das ziel, die chancengleich-



heit fuer alle kinder unseres volkes herzustellen. dabei soll jedoch niemand zur ganztagschule gezwungen werden, jeder soll aber die chance dazu haben. die schulversuche haben mit der 4. schulgesetznovelle begonnen, unter dem damaligen unterrichtsminister gratz, und es geschah mit einer zweidrittelmehrheit im parlament, im konsens mit der volkspartei. die gegenwaertigen auseinandersetzungen lassen den schluss zu, dass es der volkspartei nicht primaer um eine bessere schule geht, sondern um die beibehaltung von standesunterschieden, wie es die langzeitform der mittelschule ermoeeglicht. die argumente fuer die neue mittelschule werden meist verschwiegen: vor allem geht es darum, eine entscheidung, die fuer das kuenftige leben wichtig ist, vom 10. lebensjahr auf das 14. zu verschieben. man soll sich um die zahl der repetenten nicht hinwegschwindeln, sie sind kinderschicksale. in der herkoemmlichen ahs liegt die sitzenbleiberzahl bei 10 prozent der schueler, in der hauptschule bei 4 prozent, in der integrierten gesamtschule, der neuen mittelschule also, nur bei einem halben prozent. es gibt genuegend untersuchungen, die den vorteil der igs beweisen. (smo) (forts.)

1438

wiener gemeinderat (10):

ganztagschule (forts.)

19 wien, 24.9. (rk) die oevp moechte zuerst eine neutrale und wissenschaftliche beurteilung von schulversuchen und dann erklaeren, ob eine aenderung des schulsystems notwendig ist, betonte gr. prof. b i t t n e r (oevp). waehrend es bei der oevp darum gehe, ob eine aenderung des schulsystems notwendig sei, gehe es der spoe darum, w i e man veraendern solle. unter hinweis auf ausfuehrungen seiner vorredner meinte bittner, in der groessten wiener privatschule seien 80 prozent der eltern unselbstaendig, neun prozent akademiker. in der brd habe der deutsche bildungsrat erklaert, die igs sei keine beschlossene sache, in schweden habe sich laengst die erkenntnis durchgesetzt, dass das schulsystem keinesfalls fuer andere laender vorbild sein koenne. die aufloe-  
./.



sung des klassenverbandes sei gruendlich zu ueberlegen, der klassenvorstand habe eine schluesselfunktion fuer das fortkommen schwaecherer schueler. seit die aufnahmspruefung an den ahs sistiert sei, bestehe keine bildungsbarriere mehr. der andrang zu den ahs, obwohl die schuelerzahlen ueberall zurueckgehen, spreche fuer diese schulform. fuer chancengleichheit sind alle, sie ist aber keine garantie fuer den erfolg, deponierte bittner. mehr kinder scheitern nach meinung des redners am falschen ehrgeiz der eltern, als an den anforderungen der schule. (and) (forts.)

1520

wiener gemeinderat (11):

ganztagschule (schluss)

20 wien, 24.9. (rk) die widerspruechlichkeit der oevp in schulfragen erschwert eine gemeinsame loesung, erklarte vbgm. gertrude froehlich-sandner (spoe). waehrend spitzenpolitiker der oevp die geplanten reformen ablehnen, verlangen viele oevp-Lehrer von der schule mehr leistung und service.

das recht der eltern auf die beste ausbildung ihrer kinder bleibt gewahrt. denn auch in zukunft wird niemand gezwungen, eine nichtgewuenschte schullaufbahn fuer sein kind akzeptieren zu muessen. sandner erinnerte an die debatten in der zwischenkriegszeit, bei denen die damalige christlich-soziale partei ebenso vehement gegen heute so unumstrittene einrichtungen wie kindergaerten und tagesheimstaetten aufgetreten ist. die heutige debatte zeigt, dass vorurteile lange ueberdauern und dass debattenbeitraege der christlich-sozialen aus dem jahre 1929 ohne weiteres auch heute gehalten haette werden koennen.

gr. gawlik (spoe) erklarte in seinem schlusswort als berichterstatter, dass gerade unter der sozialistischen regierung wesentliche loesungen fuer die privatschulen erzielt worden sind. die ganztagschule in der zieglergasse wird ueber eine rasenflaeche von 520 quadratmeter verfuegen und ausserdem ueber eine spielflaeche von 300 quadratmeter.

./.



a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag der oevp, nicht eine ganztagschule , sondern eine tagesheimschule einzufuehren, fand nur die zustimmung der oevp und wurde somit abgelehnt. ein beschlussantrag der oevp, auch in wien einen schulversuch "tagesheimschule" durchzufuehren, wurde einstimmig dem gemeinderatsausschuss fuer "bildung, jugend, familie" zur behandlung zugewiesen. die errichtung einer neuen ganztagschule in der zieglergasse wurde mit den stimmen der spoe und fpoe g e n e h - m i g t . (sei) (forts.)



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (12):

wiener muellkonzept

21 wien, 24.9. (rk) stadtrat heinz n i t t e l (spoe) beantragte, dass die firma rinter rohstoffrueckgewinnung-aktiengesellschaft fuer die uebernahme des in wien anfallenden muells jaehrlich ein pauschalentgelt von 126 millionen zuzueglich umsatzsteuer erhaelt. dieses entgelt wird erstmals mit fertigstellung der neuen anlage im jahr 1981 faellig.

das gewicht des in wien anfallenden muells hat sich in den letzten 20 jahren mehr als verdoppelt. zaehlte man 1958 noch 229.000 tonnen, so werden es 1979 rund 500.000 tonnen sein. in den naechsten jahren ist mit einem weiteren wachsen der muellmenge zu rechnen. da es derzeit kaum mehr flaechen fuer deponien gibt, und auch die verbrennungskapazitaet der bestehenden anlagen nicht mehr gesteigert werden kann, musste eine loesung gefunden werden.

zur debatte standen eine neue verbrennungsanlage in floridsdorf, eine ausweitung der bestehenden verbrennungsanlagen auf dem floetzersteig und ein transport des wiener muells in aufgelassene bergwerke in der steiermark. jede dieser loesungen waere nicht zufriedenstellend: bei einer neuen verbrennungsanlage ergibt sich die frage, was mit der gewonnenen waerme im sommer geschehen soll, ein ausbau vom floetzersteig haette nur eine geringe kapazitaetserweiterung bei sehr hohen kosten gebracht und der transport in die steiermark waere sicher auch nicht zukunftsweisend.

der nun eingeschlagene wiener weg bringt ein totales recycling. es ist die verarbeitung des wiener muells in wiederverwertbare materialien. die stadt wien muss auf jeden fall jaehrlich 300.000 tonnen muell liefern und sie kann bei gleichen kosten bis zu 500.000 tonnen jaehrlich anliefern.

die zusammenarbeit mit der firma rinter ist weder eine reprivatisierung noch privatisierung, weil hier ein komplett neues arbeitsgebiet vorliegt. weiterverarbeitung von muell in diesem



ausmass hat es in wien noch nie gegeben. im uebrigen arbeitet die gemeinde in tausenden faellen mit privaten zusammen. der vertrag mit der firma rinter wurde sehr sorgfaeltig verhandelt, die gemeinde hat wesentliche kontrollmoeglichkeiten. (sei) (forts.)  
1621

wiener gemeinderat (13):

wiener muellkonzept (forts.)

22 wien, 24.9. (rk) bei der vereinbarung der gemeinde wien mit der firma rinter ueber die uebernahme des anfallenden muells, seien noch einige fragen klaerungsbeduerftig, stellte gr. dipl.-ing. rainer p a w k o w i c z (fpoe) fest. beispielsweise muesse die frage der standortbestimmung der neuen muellverwertungsanlage eindeutig erklart werden. derzeit gaebe es nur vage angaben, die einen standort "voraussichtlich im 22. bezirk" vorsehen.

weitere bemaengelte pawkowicz, dass aus dem vertrag zwischen der gemeinde wien und der privatfirma ein direkter vergleich in form einer kosten-nutzenrechnung von muellverbrennung zur muellaufbereitung nicht moeglich sei.

im prinzip stehe die freiheitliche partei dem projekt, den anfallenden muell einer privaten firma zur verwertung zu uebergeben, positiv gegenueber. in einem z u s a t z a n t r a g der fpoe verlangte pawkowicz, dass das kontrollamt der stadt wien jederzeit einschau in die gebarung der firma rinter erhalten soll. eine klaerung der aufgeworfenen fragen wuerde der fpoe die zustimmung zu diesem projekt wesentlich erleichtern. (ba)

technologisch stehen heute mehrere verfahren der muellverwertung zur verfuegung, erklarte gr. dipl.-ing. ddr. s t r u n z (oevp) wobei der grossteil davon fuer die energierueckgewinnung, nicht fuer die rohstoffwiedergewinnung geeignet ist. das heute vorgelegte projekt einer sortier- und fraktionieranlage ist in erster linie auf die rohstoffrueckgewinnung ausgelegt. strunz sprach sich fuer ein flexibles recycling aus, das auf die jeweiligen wirtschaftlichen notwendigkeiten reagiert.



in verschiedenen geordneten deponien lagern in wien mehrere millionen tonnen muell. ein grossteil dieses muells eignet sich zur wiederverwertung, wobei wertvolle energien beziehungsweise rohstoffe rueckgewonnen werden koennten. aus muell koennte auch brennstoff gewonnen werden, der besonders umweltfreundlich ist. strunz stellte den a n t r a g , den in zahlreichen deponien gelagerten muell zur energie- und rohstoffrueckgewinnung heranzuziehen.

am inzersdorfer grossgruenmarkt fallen taeglich beträchtliche mengen von kartonagen, papier und kisten etc. als abfall an, die einen wertvollen rohstoff darstellen. strunz brachte in diesem zusammenhang den a n t r a g ein, am grossgruenmarkt in inzersdorf eigene abfallcontainer fuer rohstoffe wie papier, pappe, holz etc. aufzustellen und diese rohstoffe einer sinnvollen wiederverwertung in geeigneter form zuzufuehren.

bei dem heute vorliegenden antrag handelt es sich um ein gutes projekt dem die oevp zustimmen werde. (ger) (forts.)

1625

wiener gemeinderat (14):

wiener muellkonzept (forts.)

23 wien, 24.9. (rk) das vorliegende projekt entspricht in der gressenordnung der bedeutung der grossklaeranlage, erklarte gr. h a b e r l (spoe). das problem der muellbeseitigung - der bevoelkerung bisher kaum bewusst, weil die muellabfuhr gut funktioniert hat - ist gewissermassen hinter den kulissen umfassend beraten worden. versuche im in- und ausland wurden gruendlich studiert. zahlreiche vorschlaege, die fuer kleinere gemeinden machbar sind, mussten fuer wien ausgeschlossen werden, wie etwa die kompostierung oder briketterzeugung. auch der bau einer dritten muellverbrennung haette keine guenstige loesung gebracht. als einzige brauchbare loesung erwies sich das rohstoffwiedergewinnungs-projekt - es bringt volkwirtschaftliche vorteile, bringt den wegfall der umweltbelastung und der deponien. die technologie ist erproot, aehnliche anlagen werden in schweden und in den niederlanden gebaut, bei diesen anlagen wird allerdings mit einem restmuell von 22 prozent gerechnet.



es wird leicht vergessen, dass die stadt wien schon bisher versuche zur rueckgewinnung von rohstoffen gemacht hat. so wurden jaehrlich in den muellverbrennungen 4.000 tonnen schrott aussortiert, mit der glassammelaktion wurden 1978 rund 3.500 tonnen altglas wiedergewonnen, zur loesung des transportproblemles wurden eigene zwei-kammer-fahrzeuge entwickelt. obwohl durch diese glassammelaktion nur 1 prozent des muells wiederverwertet wird, soll sie fortgesetzt werden, schon weil der prozess der bewusstseinsbildung wichtig ist. die altpapier-aktion sollte jedoch, als wenig effektiv, auslaufen.

das projekt der firma rinter zeichnet sich durch umweltfreundliche rueckgewinnung aus, durch fast vollstaendige umwandlung des muells. die kapazitaet wird 500.000 tonnen jaehrlich betragen. davon koennen 235.000 tonnen fasern fuer bauplatten, deren absatz in der schweiz langfristig gesichert ist, 33.000 tonnen papierfasern, 40.000 tonnen schrott, 35.000 tonnen glas, 30.000 tonnen kunststoff und 38.000 tonnen granulat fuer baumaterial gewonnen werden. die investitionen von 625 millionen schilling fuer die anlage kommen der heimischen wirtschaft zugute. als beitrage zur arbeitsplatzsicherung koennen die 115 neuen arbeitsplaetze angesehen werden. die firma rinter verpflichtet sich ueberdies zur forschungsarbeit, wie etwa fuer die altreifenverwertung. der gemeinde wien steht die moeglichkeit offen, innerhalb von fuenf jahren durch erwerb von 26 prozent der aktien in den betrieb einzusteigen. ein gewisses kontrollrecht ist durch vertretung im aufsichtsrat sichergestellt. ausserdem hat sich die gemeinde wien das recht vorbehalten, jederzeit die anlagen pruefen zu koennen. mit einem **z u s a t z a n t r a g** zum vorliegenden geschaeftsstueck soll eine weitere kontrollmoeglichkeit geschaffen werden: erwirbt die stadt wien das aktienpaket, ist das einschaurecht durch das kontrollamt anzustreben. (smo) (forts.)



24. september 1979

„rathaus-korrespondenz“

blatt 2402

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (15):

wiener muellkonzept (forts.)

24 wien, 24.9. (rk) gr. a m m a n n (oevp) meinte, die energie werde schlecht geneutzt oder sogar vergeudet. der operationskalender der bundesregierung zum energiesparen habe einige moeglichkeiten zur energieeinsparung in wien aufgezaehlt. in diesen faellen sei jedoch nichts oder nur wenig seitens der stadt wien geschehen: verkehrsverbund, park-and-ride, temperaturabsenkung, waermedaemmung usw. er brachte namens seiner partei einen b e - s c h l u s s a n t r a g ein, wonach die bundeshauptstadt wien der geaenderten energiesituation in entsprechender weise rechnung zu tragen und moeglichst rasch konkrete massnahmen zur sinnvollen nutzung der energie, zur energieeinsparung sowie zur forschung und entwicklung neuer technologien zu setzen habe.

gr. h a u b e n b u r g e r (oevp) begruesste die tatsache, dass die gemeinde eine wichtige aufgabe der privatwirtschaft anvertraue. dafuer werde immer die zustimmung der oevp bestehen. er kritisierte jedoch, dass trotz kosteneinsparungen, die sich fuer die gemeinde mit der uebertragung der muellverwertung an ein privates unternehmen ergeben, eine, wie er meinte, ungerechtfertigte kostensteigerung bei der muellabfuhr ins haus stehe. es sei hoechste zeit, dass alle moeglichkeiten voll ausgeschoepft werden, um die energiesituation zu bewaeltigen. derzeit werde die abwaerme der wiener e-werke groesstenteils in die donau geleitet. wuerden alle wiener e-werke mit einer kraft-waerme-kupplung ausgestattet werden, koennte damit der waermebedarf von 25 prozent aller wiener haushalte gedeckt werden. es werde auch zu wenig getan, um die energie, die im heisswassersee unter der bundeshauptstadt liegt, zu nuetzen. die forschungsphase zur nutzung der sonnenenergie sollte nicht von den entstehenden kosten abhaengig gemacht werden. den vorschlag, energie ueber die steuerbelastung zu sparen, etwa durch die erhoehung der mehrwertsteuer fuer elektrizitaet von 8 auf 18 prozent, lehnte er kategorisch ab. die tarifstruktur muesse ueberarbeitet werden: der gewerbetarif sei aeusserst unsozial. unter hinweis auf die er-



eignisse im iran erklarte haubenburger, es muesse 1981 mit einer deutlichen verknappung der rohstoffe gerechnet werden. in diesem zusammenhang verwies er darauf, dass buergermeister gratz in seinem konzept nichts ueber alternativenergien ausgesagt habe. (and)

(forts.)

1736

wiener gemeinderat (16):

wiener muellkonzept (schluss)

25 wien, 24.9. (rk) fuer die naechste zeit besteht die gefahr gewaltiger tariferhoehungen auf dem energiesektor, erklarte gr. h a h n (oevp). bei strom und gas hoert man von einer erhoehung von 15 prozent, bei der fernwaerme zwischen 30 und 40 prozent, und auch die muellgebuehren koennten um 25 prozent erhoeht werden. eine erhoehung in diesem ausmass kann fuer die wiener bevoelkerung nicht in frage kommen.

stadtrat n i t t e l erklarte in seinem schlusswort, dass die oevp vor jahren noch eine beteiligung wiens an zwentendorf gefordert habe. die spoe hat sich fuer den bau eines waermekraftwerkes in simmering entschlossen. dieses kraftwerk ist bereits seit einem jahr in betrieb und entspricht dem prinzip der waerme-kraftkuppelung, das von der oevp nun vehement gefordert wird. sonnenenergie wird in den kinderfreibaedern versuchsweise genuetzt, im sommerbad hietzing ist eine solaranlage in betrieb.

waehrend des heurigen sommers wurde in der stadtverwaltung intensiv die frage der sanierung der wiener stadtwerke beraten. die ergebnisse dieser beratungen werden in den naechsten wochen dem gemeinderat vorgelegt. der heutige versuch der oevp, ueber moegliche tariferhoehungen zu debattieren, ist das taktische manoever, den antraegen der stadtverwaltung zuvorzukommen.

bei den muellgebuehren wird man auch in zukunft eine hundertprozentige kostendeckung anstreben. wahrscheinlich wird im naechsten jahr eine zehnprozentige erhoehung notwendig sein. die auswirkungen des vertrages mit der firma rinter werden 1981 errechnet und dargestellt werden.



a b s t i m m u n g : die vereinbarung ueber die muellbesei-  
tigung mit der firma rinter wurde einstimmig g e n e h m i g t.  
ein z u s a t z a n t r a g der fpoe, dass kontrollamt soll jeder-  
zeit in die gebarung der firma rinter einschau halten koennen,  
fand nur die zustimmung der fpoe und wurde daher abgelehnt. ein  
z u s a t z a n t r a g von spoe und oevp, falls die stadt wien  
sich mit 26 prozent an der firma rinter beteiligt, sollte auch ein  
einschaurecht des kontrollamtes angestrebt werden, wurde einstimmig  
angenommen. zwei beschlussantraege der oevp - betreffend eine muell-  
trennung auf dem grossmarkt inzersdorf und die gewinnung von energie  
aus dem wiener muell - wurden dem ausschuss ''strasse, verkehr und  
energie'' zur behandlung ueberwiesen. ein oevp-antrag ueber ein  
konzept zur energieeinsparung wurde dem buergermeister zur be-  
handlung ueberwiesen. (sei) (forts.)



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (17):

grundstueckskauf

26 wien, 24.9. (rk) gr. o u t o l n y (spoe) beantragte den grundstueckskauf einer Liegenschaft im 9. bezirk um 3,8 millionen zur errichtung eines wohnhauses.

str. dr. g o l l e r (oepv) stellte dazu fest, dass die grundstuecksreserven fuer den kommunalen wohnbau in wien fuer mehr als sieben jahre ausreichen und daher ein grundstueck nicht um jeden preis und zu jedem preis erworben werden muesse. der verkaeufser habe das areal vor eineinhalb jahren um eine million gekauft, nun werde es um nahezu das vierfache wiederverkauft. dies sei ein weiterer beweis, in welchem ausmass grundstuecksspekulationen beguenstigt werden. ausserdem seien dem verkaeufser in der zukuenftigen wohnhausanlage ein buero und ausstellungsraeume zugesichert worden.

gr. ingrid s m e j k a l (spoe) wies darauf hin, dass sich die stadt wien bereits seit 1971 bemueht habe, dieses areal zu erhalten, um dort ein wohnhaus errichten zu koennen. durch diesen baugrund erhalte der bezirk, in dem die wohnungen immer rarer werden, die gelegenheit echter stadterneuerung in form einer neuen wohnhausanlage.

gr. h a h n (oepv) kritisierte, dass der vorbesitzer das grundstueck um 3.000 schilling pro quadratmeter erworben habe und der verkaufspreis nun mehr als 12.000 schilling betrage.

in seinem schlusswort wies gr. o u t o l n y die behauptung stadtrat gollers ueber die ausreichende grundstuecksreserve der stadt wien zurueck. in den jahren 1974 bis 1978 sind 2,2 millionen quadratmeter grundflaechen verbaut worden, aber lediglich 722.000 quadratmeter grundflaechen angekauft worden. ein geringerer preis fuer das grundstueck im 9. bezirk waere nur auf grund anderer gesetzlicher voraussetzungen erzielbar gewesen.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe  
a n g e n o m m e n . (ba) (forts.)



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (18):

therapieheim

27 wien, 24.9. (rk) gr. gertrude s t i e n l (spoe) referierte ueber eine vereinbarung mit der wiener gebietskrankenkasse ueber die gewaehrung von kostenzuschuessen fuer die stationaere heil-paedagogische behandlung von kindern und jugendlichen im therapieheim des jugendamtes. gr. leopoldine p f a u s e r (spoe) nahm dies zum anlass, einen ueberblick ueber die entwicklung der heimerziehung in den heimen der stadt wien in den letzten zehn jahren zu geben. derzeit gibt es 16 heime der stadt wien. 1971 war mit der aenderung der heimstruktur begonnen worden, wobei die modernsten erkenntnisse der sozialpaedagogik zur anwendung kamen. auch einrichtungen im vorfeld der heime wurden geschaffen, beziehungsweise ausgebaut. pfauser betonte, dass die stadt wien auch auf diesem gebiet der sozialarbeit beispielgebend sei.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ger) (forts)



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (19):

wirtschaftsfoerderung

28 wien, 24.9. (rk) die aufstockung der wiener strukturverbesserungsaktion um ein bauvolumen von 950 millionen auf insgesamt 3 milliarden beantragte gr. m a y r h o f e r (spoe). str. n e u s s e r (oevp) erklarte, dass die erhoehte arbeitslosenziffer im august, die erstmals in wien ueber dem bundesdurchschnitt lag, bedenklich ist. dazu komme die bedrohung von 450 arbeitsplaetzen im strebensdorfer werk der vereinigten edelstahlwerke. die entscheidung, den multi-konzernen konzessionen zu machen, muss durchaus zugestimmt werden. bei durchrechnung des foerderungsvolumens der letzten fuenf jahre schneiden jedoch die multis gegenueber den klein- und mittelbetrieben ueberdurchschnittlich gut ab. wurden 8.218 klein- und mittelbetriebe mit durchschnittlich 900.000 s gefoerdert, erhielten zwanzig multis eine durchschnittsfoerderung von 4,8 millionen. ueberdies werden bei den multis die aufschliessungskosten durch die stadt wien noch zusaetzlich getragen. bei den klein- und mittelbetrieben ist die foerderung mit hoachstens 10 prozent der investitionen begrenzt. die mittel- und kleinbetriebe muessten genauso grosszuegig gefoerdert werden wie die multis. str. m a y r (spoe) replizierte, dass die hoehere arbeitslosenrate durch besonderheiten charakterisiert ist: frauen koennen infolge der vollbeschaeftigung waehrend der ferien ihre arbeit aufgeben, weil sie sicher sind, dass sie im herbst wieder eine arbeitsstelle finden. zum jahresende wird die wiener arbeitslosenrate wieder deutlich unter dem bundesdurchschnitt liegen. mit aller deutlichkeit ist jedoch zu sagen, dass wien die aufgabe hat, vorsorge fuer kuenftige arbeitsplaetze zu treffen.

die foerderung der multis steht in keinem verhaeltnis zu jener der klein- und mittelbetriebe: mit 12 prozent der foerderungsmittel wurden naemlich 20 prozent der arbeitsplaetze gefoerdert. bei der foerderung fuer general motors beteiligt sich wien mit einem volumen bis zu 400 millionen, das sind knapp 10 prozent der ge-



samtleistung - wie bei den uebrigen foerderungen. mit recht engagiert sich jedoch der bund so sehr fuer die ansiedlung von general motors: es ist die gresste strukturverbesserung seit dem 1. weltkrieg, die gesamtproduktion wird in den export gehen, und damit ist eine wesentliche entlastung der handelsbilanz zu erwarten. die innere aufschliessung wird selbstverstaendlich general motors vornehmen. die aeussere aufschliessung wird von der stadt wien aber auch in weitaus hoeherem ausmass fuer klein- und mittelbetriebe auf den baurechtsgruenden geleistet. wien wird die politik der wirtschaftsfoederation, die auf eine ausgewogene struktur hinzielt, beibehalten.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (smo) (forts.)  
1923

wiener gemeinderat (20):

#### fussgeherzone

29 wien, 24.9. (rk) den weiteren ausbau der fussgeherzone "meidlinger hauptstrasse" zwischen pohlgasse und schoenbrunner strasse beantragte gr. b u s t a (spoe). gr. dkfm. e b e r t (oevp) erklarte dazu, die schaffung einer fussgeherzone koenne keine frage einer einfachen planung sein, sondern muesse in die gesamtplanung eingebaut werden. jeder, der das gebiet kennt, weiss, dass sich durch die sperre der meidlinger hauptstrasse schlechte verhaeltnisse fuer die bevoelkerung ergeben haben. die geschaeftsleute verzeichneten einen umsatzrueckgang mit ausnahme des bereichs nahe der philadelphiabruেকে, weil man dort auch derzeit noch parken kann. die meidlinger hauptstrasse koenne nur eine fussgeherfreundliche zone sein, da die strassenbahn dort faehrt. im antrag ist jedoch die rede von einer "fussgeherzone". da mit dem geplanten vorhaben weder der bevoelkerung noch der geschaeftswelt gedient ist, verweigert die oevp die zustimmung.

stadtrat n e k u l a (spoe) vertrat die ansicht, die oevp werde so lange gegen das projekt sein, bis der gleiche erfolg wie bei der kaerntner strasse und bei der favoritenstrasse eintrete. er nannte als beispiel die zuercher bahnhofstrasse und die linzer landstrasse, in denen keine probleme beim nebeneinander von



strassenbahn und fussgeher aufgetreten sind. nekula erklarte weiter, dass zahlreiche geschaeftsleute auch im unteren teil der meidlinger hauptstrasse die fertigstellung der fussgeherzone ungeduldig erwarten. die umweltbelastung fuer die bewohner der ruckergasse sei nach der wieder erfolgten verkehrsaufnahme in der edelsinnstrasse deutlich zurueckgegangen. waehrend die geschaeftsleute fuer die aufrechterhaltung der zwei bestehenden querungen im zuge pohl-gasse - rauchgasse beziehungsweise tivoli-gasse - rech-gasse eintreten, verlangt die bevoelkerung eine verkehrsberuhigung im wohngebiet. derzeit wird eine grossangelegte untersuchung im zusammenhang mit dem staedterneuerungsgebiet meidling-wilhelmsdorf durchgefuehrt. es sollen auch gewerbebetriebe geschaffen werden. damit wird eine neuorganisation des verkehrsa-blaufes in diesem bereich und eine neuerliche ueberpruefung hinsichtlich der aufrechterhaltung der querungsmoeglichkeiten durchgefuehrt werden. nekula bezeichnete den eingeschlagenen weg als gut, um den wuenschen der geschaeftsleute und der bevoelkerung zu entsprechen.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe angenommen.

gr. h a b e r l (spoe) beantragte die erhoehung des sachkredits fuer einen abschnitt der b 222. gr. a r t h o l d (oevp) meinte dazu, dieser strassenabschnitt der b 222 sei teil einer ost-west-verbinding zwischen doebling und liesing, bei der mit einer "salamitaktik" vorgegangen werde: vorerst werden problemlose teile aus dem strassenprojekt herausgenommen, um spaeter den ausbau problematischer luecken zu erzwingen. die oevp schliesse sich dieser art von planung nicht an. dazu nahm gr. k o p f e n - s t e i n e r (spoe) stellung. er betonte, dass die verkehrslage im bereich der hetzendorfer strasse und der umgebenden nebenstrassen



immer schwieriger werde. der bau dieses strassenstueckes bringe wesentliche vorteile fuer den 23. bezirk: so haben sich etwa in alt-erlaa tausende familien angesiedelt. fuer sie werden sich wesentliche erleichterungen ergeben. die oevp habe 1977 dieser strasse zugestimmt. wir wollen versuchen, fuehrte kopfensteiner weiter aus, eine buendelung des verkehrs zu erreichen. wenn nun die moeglichkeit besteht, eine erleichterung zu erzielen, werden wir zustimmen, schloss kopfensteiner.

haberl fuehrte abschliessend aus, dass es sich bei dem vorliegenden geschaeftsstueck nur um die aufstockung eines bereits vom gemeinderat beschlossenen detailprojekt handle.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe angenommen.

#### psychosoziale dienste

gesundheitsstadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) beantragte die grundung eines "kuratoriums" fuer psychosoziale dienste in wien. damit werde der in diesem jahr beschlossene zielplan fuer die psychiatrische und psychosoziale versorgung ergaenzt, und zwar durch die einrichtung eines kuratoriums, das aehnlich wie das kuratorium wiener pensionistenheime eingerichtet sein soll, um die aktivitaeten fuer die nachsorge besser koordinieren zu koennen. dazu erklaerte stadtrat dr. gertrude k u b i e n a (oevp), dass sie jede vereinfachung und entbuerokratisierung begruesse. derzeit gibt es fuer ganz ostoesterreich nur fuenf betten fuer drogenabhaengige. es sei erfreulich, dass nun ein neues grosses haus fuer sie, allerdings erst 1981, fertig werde. es sollten kurse fuer lehrer und schulaerzte sowie ein "bahnhof" fuer aufgegriffene suechtige eingerichtet werden. es sollte auch mehr "halfway-houses" fuer drogenabhaengige geben, derzeit bestehen nur zehn.

stadtrat s t a c h e r (spoe) erlaeuterte im schlusswort, dass alles das, was kubiena verlangt hat, im zielplan beschlossen sei. es sei nicht guenstig, wenn allzu viel oeffentlichkeitsarbeit im zusammenhang mit drogensucht gemacht werde - der anreiz steige dadurch nur. man muesse auch entscheiden zwischen entgiftung und



entwoehnung. betten fuer entgiftung sind vorhanden, der ausbau der station in kalksburg ist geplant.

die sozialen dienste werden ausgebaut, die lehrer der pflichtschulen werden ausgebildet, um drogenverdaechtige erkennen zu koennen. stacher kuendigte die gruendung eines drogenbeirates an, der alle mit drogen befasste stellen kurzfristig zusammenfuehren soll, um weitere schritte zur besseren organisation durchfuehren und ueberwachen zu koennen. selbstverstaendlich wird alles getan, um der drogensucht weitestgehend herr zu werden.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (and) (forts.)  
2047

wiener gemeinderat (21):

studentenheim doebbling

30 wien, 24.9. (rk) gr. h o l u b a r z (spoe) beantragte, fuer arbeiten im internationalen studentenheim doebbling zur erfuellung behoerdlicher auflagen 16,3 millionen zu genehmigen.

gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) erklaerte, dass mit dem geld durchwegs brandschutzmassnahmen durchgefuehrt werden. diese massnahmen wurden vom arbeitsinspektorat vorgeschrieben, weil das heim im sommer auch als hotel gefuehrt wird. es fragt sich, warum die stadt wien diese massnahmen nicht schon vorher fuer das studentenheim machen liess, denn man kann wohl verlangen, dass fuer jugendliche der gleiche standard wie fuer hotelgaeste gelten muesse.

gr. s c h n e i d e r (oevp) schlug vor, das studentenheim zur ferienzeit als jugendgaestehaus zu fuehren und damit den jugendtourismus zu foerdern. das heim als hotel zu fuehren, hat der stadt nur schwierigkeiten gebracht.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und fpoe angenommen. (sei)

subventionen

eine subvention in der hoehe von 500.000 schilling zur durchfuehrung des 1. internationalen fritz kreisler-wettbewerbs aus den mitteln des kulturschillings beantragte gr. w i n d h a b (spoe).



gr. prof. b i t t n e r (oevp) stellte den abaenderungsantrag, die subvention nicht aus den mitteln des kulturschillings vorzunehmen.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag wurde abgelehnt, der antrag mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n .

#### solaranlage

gr. h a l a (spoe) beantragte die errichtung einer staedti-schen wohnhausanlage im 23. bezirk, johann gottek-gasse, die mit einer solaranlage ausgestattet werden soll.

gr. f r e i n b e r g e r (spoe) informierte ueber den stand der wissenschaftlichen technischen versuche der stadt wien mit der solarenergie. in der solarversuchsanlage auf dem laaer berg wurden ein langzeitspeicher, nachstellbare kollektoren, eine waermepumpe, schichtenspeicherung, eine nachladeeinheit und eine recheneinheit zur vollprogrammierung der anlage entwickelt. fuer die johann gottek-gasse ist eine energieturmeinheit vorgesehen, die die wohnun-gen zu einem grossen teil mit waerme von der sonne versorgen wird.

gr. dr. m a y r (oevp) wies auf die rechtliche problematik bei derartigen versuchen hin. das problem, die grossen kollektoren-flaechen zu verkleinern, sei zwar gelungen, doch ergeben sich rechtliche fragen aus der bauordnung, da sonnenkollektoren die bereits bestehende dachlandschaft veraendern. es sollte daher ueberprueft werden, wie weit die neuen technolgien mit der bestehenden rechts-ordnung vereinbar sind und wie weit derartige techniken auch fuer private bautraeger rentabel werden koennten.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ba) (forts.)  
2052

wiener gemeinderat (22):

wohnhausbau

31 wien, 24.9. (rk) gr. f r e i n b e r g e r (spoe) beantragte den bau einer staedtischen wohnhausanlage im 23. bezirk, mauerer hauptplatz 11.



gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) bezeichnete das an dieser stelle befindliche alte haus als durchaus erhaltungswuerdig. es sollte nicht abgebrochen, sondern instandgesetzt werden.

in seinem schlusswort erklarte gr. f r e i n b e r g e r , dass der abbruch gerechtfertigt sei. eine instandsetzung des hauses waere vor allem aus wirtschaftlichen gruenden nicht vertretbar.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe und oevp.

#### aufzugseinbau

gr. rosa h e i n z (spoe) beantragte den einbau von zwei aufzuegen in der staedtischen wohnhausanlage im 16. bezirk, bruesslgasse 45 - 47.

gr. h a l a (spoe) nahm diesen antrag zu anlass, um einen ueberblick ueber den einbau von aufzuegen in staedtischen wohnhausanlagen zu geben. 1979 wurden bisher 130 aufzuege nachtraeglich eingebaut, 36 sind in bau, 86 werden noch heuer begonnen. nach abschluss des aufzugsprogrammes werden insgesamt mehr als tausend aufzuege in staedtischen wohnhaeusern eingebaut worden sein. die stadt wien leistet damit auch einen wichtigen beitrag zur stadterneuerung. fuer viele aeltere menschen bedeutet der einbau von aufzuegen, dass sie in ihren wohnungen bleiben koennen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ger)

#### autobahnknoten

gr. h e n g e l m u e l l e r (spoe) beantragte eine sacherkrediterhoehung um 135.000 s fuer eine detailplanung am brueckenobjekt des knotens arsenal der a 23 und der a 3.

gr. dr. h i r n s c h a l l (spoe) deponierte die fpoe-ab- lehnung, da der suedautobahn gegenueber der suedostautobahn prioritaet zukommen muesste. gr. a r t h o l d (oevp) wies auf widerspruechliche aussagen ueber bauabsichten der suedostautobahn hin und reklamierte schriftlich zugesagte informationen.

a b s t i m m u n g : von spoe und oevp angenommen. (schluss)

++++ ende des sitzungsberichtes +++++